№ 291. Freitag, den 11. Dezember 1896

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34, bei den Depots und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark, frei in's Haus 2 Mark.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Insertionsgebühr
die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 Pf.
Annoncen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34
Heinrich Netz, Koppernikusstraße

Inseraten-Annahme auswärts: Strasburg: A. Fuhrich. Inowrazlaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpke. Graudenz: Der „Gesellige". Lautenburg: M. Jung. Gollub: Stadtkämmerer Austen.

Expedition: Brückenstr. 34, part. **Redaktion:** Brückenstr. 34, I. Et.
Fernsprech-Anschluß Nr. 46.
Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haasenstein und Vogler, Rudolf Mosse, Invalidenbank, G. L. Daube u. Ko. u. sämmtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a./M., Nürnberg, München, Hamburg Königsberg 2c

Die Tonnengelder.

Vor einigen Tagen hat, wie bekannt, Präsident Cleveland eine Proklamation erlassen, nach welcher deutsche Schiffe in den Häfen der Vereinigten Staaten wieder Tonnengelder entrichten sollen. Nach den amerikanischen Gesetzen von 1886 und 1888 sind Schiffe aus denjenigen ausländischen Häfen, in denen keine staatlichen Tonnengelder erhoben werden, beim Einlaufen in Häfen der Vereinigten Staaten gleichfalls von der Entrichtung staatlicher Tonnengelder befreit. Da in Deutschland Tonnengelder nicht erhoben werden, so wurden die aus deutschen Häfen kommenden Schiffe im Jahre 1888 des Vorzuges jener Bestimmung theilhaftig. Fast neun Jahre lang sind sie in nordamerikanische Häfen eingelaufen, ohne dort andere Abgaben zahlen zu müssen, als diejenigen, welche für die Benutzung von besondern Hafeneinrichtungen, wie Kais, Krahnen u. s. w. zu entrichten sind und von allen Schiffen ohne Unterschied die Nationalität entrichtet werden müssen, wenn sie diese Einrichtungen benutzen. Dasselbe ist auch in deutschen Häfen der Fall. Präsident Cleveland behauptet nun, daß, wenn auch das Reich keine Tonnengelder erhebe, so doch von den Einzelstaaten den in ihre Häfen einlaufenden Schiffen die Entrichtung von Tonnengeldern auferlegt worden sei. Diese Behauptung ist nicht richtig: in den deutschen Häfen werden weder vom Reich noch von den Einzelstaaten Tonnengelder erhoben. Der Unterschied, der zwischen den deutschen und amerikanischen Einrichtungen besteht, ist der, daß in den Vereinigten Staaten die oben erwähnten besonderen Hafeneinrichtungen von Privatgesellschaften betrieben werden und daher diese die Gebühren für deren Benutzung erheben, während in Deutschland diese Einrichtungen meistens im Besitze der Gemeinden sind, zu deren Gebiet der Hafen gehört, oder von Handelskorporationen. Die einzige Thatsache, auf die Cleveland sich zu stützen vermöchte, wäre vielleicht, daß in Hamburg und Bremen, wo ja der Unterschied zwischen Staat und Gemeinde nicht so ausgebildet ist, wie in den übrigen deutschen Staaten, die Gebühren für die Benutzung der besonderen Hafeneinrichtungen für Rechnung des Staates erhoben werden. Dies ist aber ganz gleichgiltig bei der Beurtheilung des Rechtsfrage. Entscheidend ist, daß in Deutschland Tonnengelder nicht erhoben werden, und daß demgemäß die Regierung in Washington kein Recht hat, deutschen Schiffen die Wohlthaten des Gesetzes von 1886 zu entziehen.

In den Vereinigten Staaten war eine Bewegung für die Aufhebung der Befreiung von Tonnengeldern, also für die Abänderung der Gesetze von 1886 und 1888, schon seit langer Zeit im Gange. Dies ist zu erklärlich angesichts der großen Erfolge, welche die deutsche, von dem Reiche nicht subventionirte Schifffahrt erzielt hat, während die amerikanische Rhederei trotz aller staatlichen Unterstützungen sich nicht in entsprechender Weise zu entwickeln vermag. So lange aber das Gesetz besteht, muß es auch beobachtet werden; erst wenn es abgeändert sein sollte, wäre der Präsident berechtigt, die Aufhebung der Befreiung von den Tonnengeldern auszusprechen. Für die deutsche Schifffahrt stehen große Summen auf dem Spiele. Man wird daher mit aller Sicherheit erwarten dürfen, daß die Reichsregierung Alles aufbieten wird, um die amerikanische zu überzeugen, daß sie von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist.

Nach Allem, was über die Verfügung des Präsidenten Cleveland bekannt geworden ist, kann kein Zweifel daran herrschen, daß die Maßregel nicht ergriffen worden wäre, wenn nicht deutsche Maßregeln drüben eine hochgradige Mißstimmung hervorgeruffan hätten, die in dem Rufe nach Repressalien sich Luft macht. Deutschland hat in den letzten Jahren mehr und mehr die Einfuhr landwirthschaftlicher Produkte aus den Vereinigten Staaten erschwert. Das Texasfieber, die Maul- und Klauenseuche, die Rinderpest, die Schweinecholera und andere Thierkrankheiten wurden zum Anlaß genommen, daß die Einfuhr von Pferden, Rindvieh und Schweinen, von Fleisch, Schmalz, Speck u. s. w. theils ganz verboten, theils von der Erfüllung von Bedingungen, welche einem Verbote fast gleichkommen, abhängig gemacht wurde. Die Reichsregierung hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, gegen die Einschleppung von Seuchen Maßregeln zu ergreifen. In Amerika behauptet man aber, daß man dort alles thue, um berechtigten Ausstellungen abzuhelfen, daß dagegen die deutschen Maßregeln zum großen Theile nicht getroffen seien, um die Einschleppung von Seuchen zu verhüten. sondern um den Forderungen der Agrarier nachzukommen.

Die „Korrespondenz des Schutzverbandes gegen agrarische Uebergriffe" war schon vor einigen Monaten auf Grund von Nachrichten, die ihr aus Amerika zugegangen waren, in der Lage, auf die ungünstige Stimmung gegenüber Deutschland hinweisen und vor drohenden Repressalien warnen zu können. Diese Warnungen haben keinen Erfolg gehabt. Die Agrarier haben immer ungenirter die Schließung sämmtlicher Grenzen verlangt und dabei gar keinen Zweifel daran gelassen, daß es ihnen mehr noch als auf die Verhütung der Einschleppung der Seuchen auf den Schutz gegen die ausländische Konkurenz ankomme. Mag die Reichsregierung auch noch so sehr von der Nothwendigkeit ihrer Maßregeln zur Seuchenverhütung überzeugt sein, in Amerika hat sich einmal auf Grund des agrarischen Geschreis die Ueberzeugung festgesetzt, daß jene Maßregeln getroffen seien, um den Agrariern den Mund zu stopfen.

Wenn nun die „Hamburger Nachrichten" und einige Blätter gleichen Schlages verlangen, daß Deutschland die Maßregel des Präsidenten Cleveland mit Repressalien beantworten solle, so kann die Sehnsucht dieser Organe und ihrer Hintermänner nach einem wirthschaftspolitischen Krieg nicht weiter überraschen. Der Horizont ist bei den Einen so eng begrenzt, daß sie sich die Folgen eines solchen Kampfes für beide Theile, also auch für Deutschland, nicht ausmalen können, und die Anderen kennen die Folgen eines solchen Kampfes freilich nur zu gut, aber sie wollen ihn, weil ihnen überhaupt an internationaler Verhetzung und an Situationen liegt, die die jetzige Reichsregierung in bedenkliche Verwickelungen stürzten.

Vom Reichstage.

142. Sitzung vom 9. Dezember.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär v. Stephan, Staatssekretär v. Bötticher, Staatssekretär Graf Posadowsky.

In dritter Lesung wird der Handelsvertrag mit Nicaragua definitiv genehmigt; desgleichen der Gesetzentwurf über die Reichshaushaltskontrolle pro 1896/97.

Es folgt die erste Lesung des Postdampfersubventionsgesetzes. Behufs Einrichtung einer vierzehntägigen Verbindung mit China soll die Subvention um jährlich 1½ Millionen Mark erhöht und die Gewährung des so erhöhten Zuschusses auf 15 Jahre ausgedehnt werden.

Staatssekretär v. **Bötticher** empfiehlt den Gesetzentwurf. Es handele sich darum, unseren Handelsverkehr unabhängig zu machen vom Auslande, nachdem seit 1885 sowohl unsere Waaren-Aus- und Einfuhr wie unser Passagierverkehr mit Ostasien sehr erheblich gestiegen seien. Die Gesammtsubvention von 40 Millionen könne demnach nicht zu hoch erscheinen. Redner weist dann auf die Wichtigkeit einer häufigeren Verbindung mit Ostasien hin angesichts des in China nach Beendigung des japanischen Krieges zu erwartenden starken Wettbewerbes, mit dem schon Rußland begonnen habe. Ebenso liege die Sache hinsichtlich Japans. Von einer Liebesgabe an ein einzelnes Unternehmen könne keine Rede sein. Die der Vorlage beigegebenen Tabellen lieferten den Beweis, daß für die anderen Rhedereien noch ein weiter Spielraum bleibe. Auch habe der Lloyd sich niemals an einem Preisdruck auf die Frachten betheiligt; im Gegentheil. Er bitte um Annahme der Vorlage, damit das vom Norddeutschen Lloyd geleitete Unternehmen sich auch ferner entwickeln könne zur Ehre der deutschen Flagge und zu Gunsten der nationalen Wohlfahrt.

Abg. **Schädler** (Zent.) erklärt, seine Partei habe verschiedene Bedenken gegen die Vorlage, welche sie in der Kommission darlegen werde. Thatsache sei, daß der Passagierverkehr auf den subventionirten Linien nur schwach entwickelt sei, das Gleiche sei vom Briefverkehr auf den Subventionsdampfern der Fall. Zwei Drittel des Frachtverkehrs kämen bisher auf Frachten von Ausland zu Ausland. (Rufe: Sehr richtig!) Man diene also mit der Subvention zu sehr großem Theile nicht unserem Handel, sondern dem Auslande. (Beifall.) Redners Ansicht nach liegt der Hauptgrund der Subvention darin, daß Bremen eine starke Einfuhr habe, und daß man nun auch die Ausfuhr Bremens beleben wolle. Ob aber damit etwas erreicht werde, sei doch zweifelhaft. Im Interesse des Lloyd, dem mit der Subvention nur eine neue Last auferlegt würde, bitte er, Redner, um Ablehnung des Gesetzes. (Heiterkeit.) Man könne es doch nicht zulassen, daß Jemand sich aus Patriotismus ruinire. (Heiterkeit.) Eine sorgfältige Prüfung der Vorlage sei dringend geboten.

Abg. **Frese** (frs. Vg.) empfiehlt die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission. Er betont sodann, gerade die werthvollen Güter würden von einer vierzehntägigen Beförderung profitiren. Redner giebt eine Uebersicht der Schiffe, die der Lloyd auf deutschen Werften in Bau gegeben, und zwar mit bestem Erfolge. Seit 1894 habe der Lloyd nicht ein einziges Schiff mehr in England bauen lassen. In England sei man sich klar darüber, wie gefährlich fortan unser Wettbewerb sich gestalten werde. Er denke nicht daran, die Kingsin- oder die anderen Linien nach Ostasien herabzusetzen, jedenfalls aber hätten diese Linien einen ganz anderen Zweck, sie könnten überall anlaufen und brauchten auch nicht auf Geschwindigkeit zu sehen. Was die der Landwirthschaft erwachsende Konkurrenz anlange, namentlich durch Import australischer Wolle, so sei es Thatsache, daß gerade die australische Wolle der deutschen Wolle verhältnißmäßig die wenigste Konkurrenz mache.

Abg. v **Leipziger** (kons.) führt Namens der Mehrzahl seiner Freunde aus, nach den gewonnenen Erfahrungen seit 1885 habe der damals unternommene Versuch einen Erfolg nicht gehabt. Dem Handel und der Industrie Deutschlands habe derselbe keinen Nutzen gebracht, die Landwirthschaft sei sogar stark geschädigt worden. Betreffs der gegenwärtigen Vorlage hätte die Mehrzahl seiner Freunde große Bedenken, ein kleiner Theil sei der Vorlage nicht abgeneigt, und die übrigen behielten sich ihre Entscheidung vor.

Staatssekretär v. **Stephan** hofft bestimmt, in der Kommission auch die noch bedenklichen Konservativen für die Vorlage zu gewinnen. Er erinnere an Windthorst, der schon 1885 prophezeit habe, man werde wohl noch weitere Bewilligungen folgen lassen. (Heiterkeit.) Jetzt sei man jedenfalls in einer Zwangslage, der großen Konkurrenz halber. Redner verbreitet sich dann namentlich über das Interesse des Briefverkehrs Deutschlands an einer Verdoppelung der Lloydfahrten nach Ostasien.

Abg. **Metzger** (Soz) spricht gegen die Vorlage; er weist dabei das Motiv zurück, daß man Deutschland in dem „internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig erhalten müsse." Er selbst könne sich diese Zuwendung an den Lloyd nur dadurch erklären, daß, wie man behaupte, der Lloyd sich verpflichtet haben soll, nur ausgediente Marineoffiziere anzustellen. In dem Vertrage mit dem Lloyd hätte eine ganz bestimmte Regelung der Arbeit auf den Lloydschiffen vorgenommen werden müssen, denn auf Kosten der Menschlichkeit trete beim Lloyd der Profit zu sehr in den Vordergrund. Gerade die Beschäftigung der gelben Rasse und der dadurch herbeigeführte Lohndruck seien auch eine Mitursache des gegenwärtigen Streiks. Er bitte um Ablehnung der Vorlage.

Abg. Dr. **Hahn** (b. k. Fr.) kann die Vorlage nicht als eine geschickte bezeichnen; sie hätte geschickter begründet werden müssen. Wer auf die Bedrohung der landwirthschaftlichen Interessen durch gesteigerte Einfuhr hinweise, dem müsse erwidert werden, daß die deutsche Landwirthschaft auf anderen Wegen geschützt werden müsse, so durch Kontingentirung oder durch den Antrag Kanitz. (Lachen links.) Dem Abg. Metzger entgegnet Redner, er und viele andere Ordnungsparteiler bedauerten die Verwendung chinesischer Heizer, denn auch die Ordnungsparteiler hätten ein Herz für den deutschen Seemann. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Auch die Stellung der Schiffsoffiziere müsse eine bessere werden. Redner plaidirt noch für Verbesserung unseres Konsularwesens und bittet schließlich um Annahme der Vorlage.

Nächste Sitzung Donnerstag. Fortsetzung und Resolutionen aus Anlaß der Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Deutsches Reich.

Berlin, 10. Dezember.

— **Vom Kaiser** ist am Dienstag der **Polizeipräsident von Berlin**, Herr v. Windheim, empfangen worden. Zweifellos handelte es sich bei der Unterredung um den Prozeß Leckert - v. Lützow und die hierbei erörterten Verhältnisse der politischen Polizei.

— Die **Prinzessin Friedrich August von Sachsen** ist am Mittwoch in Dresden von einem **Sohne** entbunden worden. Prinz Friedrich August ist als ältester Sohn des Prinzen Georg, des Bruders des kinderlosen Königs von Sachsen, der muthmaßliche Erbe des sächsischen Thrones.

— Die **Kommission des Abgeordnetenhauses zur Berathung des Lehrerbesoldungsgesetzes** hat bekanntlich eine Erhöhung des Grundgehalts unter Verwerfung aller bezüglichen Anträge abgelehnt. Die neue Bestimmung, daß die Städte mit 25 000 und mehr Einwohnern unter gewissen Voraussetzungen nicht verpflichtet sind, den Alterszulagekassen beizutreten, ist wieder gestrichen und auf Berlin beschränkt worden. Angenommen wurde ferner ein Antrag des Zentrums, welcher die Anrechnung der Dienstzeit der Lehrer an Privatschulen beschränkt. Gestrichen wurde auch die neue Bestimmung, wonach die Schulunterhaltungspflichtigen die Kosten für die Vertretung im Amt tragen sollen. Ein nationalliberaler Antrag, wonach das Brennmaterial mit einem Zwanzigstel des Grundgehalts angerechnet werden soll, fand Annahme. Am Mittwoch wurde nun unter Beisein der Minister Miquel und Bosse über die **Alterszulagen** (§§ 5 und 6) berathen. Nach längerer Erörterung, in der auch die Minister das Wort ergriffen, wurden die §§ 5 und 6 mit Abänderungen, die von konservativer Seite beantragt waren und eine Erhöhung der Alterszulagen und eine Verkürzung der Zeit, in welcher sie gewährt werden, bedeuten, einstimmig angenommen. Danach ist das Minimum der Alterszulage für Lehrer auf jährlich 100 Mk. (statt 80 Mk. der Vorlage), steigend bis auf jährlich 900 Mk. (statt 720 Mk.), für Lehrerinnen auf jährlich 80 Mk. (statt 60 Mk.), steigend bis auf jährlich 720 Mk. (statt 540 Mk.) festgesetzt worden. Die drei ersten Stufen werden in Zwischenräumen zu je drei, die drei folgenden in Zwischenräumen von je zwei (statt 3) und die drei letzten wiederum in Zwischenräumen von je drei Jahren gewährt. Finanzminister Miquel hatte vor der Beschlußfassung zur Vorsicht in Bezug auf die Finanzlage gemahnt. Die Erträge der Eisenbahnen, der Forsten, der Bergwerke könnten plötzliche Rückschläge zeigen; an eine Besserung sei bei den Domänen und direkten Staatssteuern nicht zu denken. Dem Reiche gegenüber aber sei mit plötzlichen starken Anforderungen zu rechnen. Er könne zwar noch keine bindende Erklärung abgeben, wie sich die Staatsregierung zu den Anträgen der Konservativen stellen wird. Die Neigung zu denselben sei aber eine schwache. Mit jeder Million rückten wir der Staatsschule näher und entfernten uns von der Volksschule. So sehr die Staatsregierung den Wunsch theile, den Lehrern zu helfen, so sei doch eine Grenze, wo sie sagt, wir können nicht weiter. Die jetzige Agitation der großen Städte sei übrigens innerlich unberechtigt. Es sei geradezu frivol, von einer feindseligen Politik gegen die großen Städte zu sprechen. Der Regierung sei Stadt und Land gleich lieb, sie habe nur zu fragen, wo liegt die größere Bedürftigkeit. „Wenn wir das platte Land und die kleinen Städte gegenüber den finanzkräftigen Städten entlasten, so ist dies nicht nur zulässig, sondern geradezu Pflicht." Kultusminister Dr. Bosse warnte davor, die Frist zu ändern, in der das Maximum der Alterszulagen erreicht wird. Auch Dr. Miquel bat dann dringend, den Antrag der Konservativen dahin zu ändern, daß eine Kürzung der Frist, in der das Höchstgehalt erreicht wird, nicht eintritt. Eine solche Bestimmung wäre für die Regierung ganz unannehmbar, weil sie das Prinzip der sonstigen Alterszulagen im Staate über den Haufen werfen würde. Trotzdem wurden, wie gesagt, die §§ 5 und 6 mit den konservativen Anträgen angenommen.

— Im **Herrenhause** hat Graf **Frankenberg-Ludwigsdorf** mit Unterstützung anderer Mitglieder, z. B. auch des Oberbürgermeisters Bräsicke Bromberg, einen **Antrag** eingebracht, die Regierung zu ersuchen, dem **Wagenmangel** auf den Eisenbahnen schleunigst Abhilfe zu schaffen, die geplante Ermäßigung der Tarife für Kohlen,

Erze und Eisen auch auf Produkte der Land- und Forstwirthschaft auszudehnen und die Einführung von Staffeltarifen auf den Staatseisenbahnen zu fördern angesichts der billigen Wasserfrachten, welche die Eröffnung des Ruhr-Emskanals für die westlichen Provinzen bringen würde.

— Ein Berliner Berichterstatter will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die Justiznovelle nicht zu Stande käme, da die Einigung zwischen Regierung und Zentrum in der verschiedenen Auffassung über die Frage der Berufung nicht möglich gewesen sei. Hoffentlich wird die „zuverlässige Quelle“ dieses Berichterstatters sich als eine unzuverlässige erweisen.

— Für die Einführung eines hohen Quebrachoholz-Zolles wird neuerdings wieder eifrig agitirt und dabei behauptet, daß das mit Quebracho gegerbte Leder von geringer Qualität und wenig haltbar sei. Die Handelskammer zu Leipzig weist in ihrem neuesten Jahresbericht diese Behauptung als unwahr zurück. Einerseits mögen höchstens bei der Einführung des Verfahrens auch minderwerthige Produkte vorgekommen sein. Später aber hat man höherwerthige Quebrachofabrikate herstellen gelernt, und andererseits lassen die nach dem alten System gegerbten inländischen Sohllederfabrikate infolge ihres hohen, bis zu 10 pCt. gehenden Wassergehalts ebenfalls häufig zu wünschen übrig. Der offizielle Meßbericht besagt: In der Sohllederindustrie erhält sich die gute Meinung für quebrachogegerbtes Sohlleder, da es meist von guter Substanz und reeller Trocknung zum Verkauf gestellt wird. Nach dem Bericht der Handelskammer würde die Vertheuerung der Erzeugnisse der deutschen Lederindustrie, welche ein Zoll auf Quebrachoholz zur Folge haben würde, zugleich eine beträchtliche Abnahme des deutschen Schuhwaarenexports bewirken. Gerade diejenigen Ledersorten, deren die über 1000 Betriebe zählende deutsche Schuh- und Stiefelfabrikation mit Maschinenbetrieb bedarf, für die die Erzeugnisse der für den Quebrachozoll eintretenden rheinischen Sohllederfabrikanten sich nicht als geeignet erwiesen haben, würden von dieser Preissteigerung besonders betroffen werden. Die deutsche Schuhwaarenindustrie würde aber dann ihren Lederbedarf nicht von den mit Eichenlohe gerbenden inländischen Betrieben beziehen, sondern, da sie in der Hauptsache eben nur nach dem modernen Brühgerbverfahren gegerbtes Leder gebrauchen kann, von den ausländischen Gerbereien letzterer Art.

— Im Prozeß Leckert-Lützow war es aufgefallen, daß der Polizeipräsident v. Windheim dem Zeugen v. Tausch unfersagt hatte, den Namen desjenigen Gewährmannes zu nennen, der ihm einen ständigen Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ als Verfasser des Artikels „Flügeladjutantenpolitik“ angegeben hatte. Als dieser Gewährsmann stellte sich dann der wundersame Herr Gingold-Stärck heraus und man begriff nun nicht, wie von Seiten des Polizeipräsidenten wegen des Herrn Stärck eine solche Erschwerung des Prozeßganges kommen konnte. Das Räthsel ist jetzt gelöst. Man erfährt jetzt, daß Tausch Herrn v. Windheim in den Glauben versetzt hatte, er habe die betreffende Nachricht von einer hochgestellten Persönlichkeit, deren Preisgabe die übelsten politischen Folgen haben müßte. Man kann sich denken, welche Empfindungen Herr v. Windheim hatte, als er erfahren mußte, wie arg er in dieser Beziehung von Tausch getäuscht worden war.

— Durch den Meineidsprozeß gegen Tausch, so schreibt der konservative „Reichsbote“, muß klargestellt werden, ob Tausch aus eigener Initiative die Feindseligkeiten gegen das Auswärtige Amt und den Frhrn. von Marschall verübt hat, oder ob er dabei anderen Antrieben und Impulsen gefolgt ist. Diese Frage darf nicht dunkel bleiben, sonst bleibt der weit verbreitete böse Verdacht bestehen, daß im Innern des Staates eine Intriguenclique ihr Wesen treibt, um die Regierung zu diskreditiren, sie um's Vertrauen zu bringen und im Volke das Gift der Unzufriedenheit gegen alles, was Regierung heißt, bis zu der höchsten Spitze hinauf zu verbreiten.

— Ueber den verflossenen Kriminalkommissar von Tausch bringt das „Volk“ folgende interessante Notiz: Mit dem Kommissar v. Tausch ist eine der gefährlichsten Geißeln unseres öffentlichen Lebens dingfest gemacht. Schon vor zwei Jahren hieß es in seinen Kreisen, wenn von ihm gesprochen wurde: „Unser merkwürderweise noch immer in Freiheit befindlicher Kollege v. Tausch . . .“ Jetzt wird es klar, was dies bedeuten sollte. Freiherr v. Marschall hat seit vier Jahren den Mann durchschaut, aber als geschickter Jurist mit dem Zuziehen der Schlinge gewartet, bis das Opfer nicht mehr entrinnen konnte. Rückhaltlos wird dieses Geschick Marschalls von allen Seiten anerkannt. — Wenn man in Kollegenkreisen des Herrn v. Tausch schon vor 2 Jahren es merkwürdig fand, daß er noch in Freiheit war, man also wußte, daß dieser Dinge beging, die sonst einen Menschen hinter Schloß und Riegel bringen, so würde es noch merkwürdiger von den betreffenden Kollegen sein, wennn sie trotzdem nicht geeignete Schritte gegen den Herrn v. Tausch thaten, sondern diesen sonderbaren Kriminalkommissar unbehelligt in der Lage ließen, sein Treiben fortzusetzen.

— Auf den Sturz Caprivis, so meint die „Köln. Ztg.“, fällt jetzt nachträglich ein erklärendes Licht. Bekanntlich hatte der Graf die extreme Umsturzvorlage des Grafen Botho Eulenburg, des damaligen Ministers des Innern, beim Kaiser zu Fall gebracht; er hatte in der Sache gesiegt; dennoch stolperte er über einen Artikel in der „Köln. Ztg.“, der seine Spitze gegen den Grafen Botho richtete, obschon Caprivi der Wahrheit gemäß erklären konnte, daß er dem Artikel vollkommen fernstehe. Er setzte freilich in seiner Offenheit hinzu, daß er sich weigern müsse, den Artikel für unwahr zu erklären. Der Vorgang erschien damals durchaus räthselhaft; er wird aber sofort verständlich, wenn dem Kaiser damals seitens der politischen Polizei die ebenso bündige wie falsche Nachricht vorgelegen hätte, Caprivi habe den Artikel veranlaßt. Vielleicht haben die Intriganten gerade bei dieser Gelegenheit zuerst die Entdeckung gemacht, welch vortreffliche Dienste ein so einfaches Manöver zu leisten vermöge.

— Die Ernennung des Obersten Liebert zum Gouverneur in Deutsch-Ostafrika wird nunmehr im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Der bisherige Gouverneur Major v. Wissmann ist unter Belassung des Ranges eines Rathes erster Klasse in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

— Rußland und die deutsche Industrie. Aus Pariser diplomatischen erfährt das „Berl. Tgbl.“, daß der französische Botschafter in Petersburg, Graf Montebello, der kürzlich wegen der Berathung über die türkische Frage in Petersburg war, vor seiner Abreise nach Paris eine Differenz mit dem russischen Finanzminister Witte gehabt hat. Montebello äußerte Witte gegenüber sein Bedauern, daß bei den Regierungsbestellungen im Auslande vorzugsweise die deutsche Industrie berücksichtigt würde und die französischen Industriellen trotz der russisch-französischen Freundschaft leer ausgingen. Er bat in Zukunft um größere Berücksichtigung der französischen Industrie. Witte erklärte in sehr bestimmter Weise, daß Montebello sich irre, wenn er an eine absichtliche Bevorzugung Deutschlands glaube. Bei den russischen Bestellungen im Auslande würden lediglich die russischen Interessen berücksichtigt, und man wende sich dorthin, wo man die billigste und zweckmäßigste Arbeit finde.

— Eine Versammlung von Handelsangestellten in Berlin, die etwa 2500 Köpfe zählte, faßte nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Bebel folgenden Beschluß: „Im Einverständniß mit dem Referenten verlangen wir von den gesetzgebenden Körperschaften die sofortige Durchführung der von der Kommission für Arbeiterstatistik für das Handelsgewerbe gemachten Vorschläge, insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit durch Einführung des Achtuhrladenschlusses, um dem wachsenden Elend unter den Handelsangestellten einigermaßen zu steuern.“ Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, diese Resolution dem Reichstag und dem Bundesrath zu übermitteln. — Eine weitere von der Versammlung angenommene Resolution richtet sich gegen die Hamburger Handelsangestellten, die angeblich auf Betreiben der Rheder Arbeiten der streikenden Hafenarbeiter übernommen haben. Die Versammelten erklärten sich mit den Streikenden solidarisch, und es wurde beschlossen, den Ueberschuß von der Tellersammlung an die Zentral-Streikkommission nach Hamburg abzuführen.

— In Hamburg beschloß am Dienstag Abend eine Versammlung von Eisenbahnarbeitern die Gründung und Förderung einer gewerblichen Vereinigung. Die Versammlung nahm ferner einen Beschlußantrag an, in welchem die Erwartung ausgedrückt wird, daß die Eisenbahn-Direktion eine Lohnzulage gewähren werde. Außerdem wurde von der Versammlung sofortige Abschaffung der Akkordarbeit und ein Tagelohn von 4,50 Mk., sowie vom 1. April 1897 ab 8 stündige Arbeitszeit mit allgemeiner Sonntagsruhe verlangt. — An Unterstützungen an die Streikenden sollen am Dienstag 175 000 Mk. ausgezahlt worden sein. Große Beiträge gehen für den Streikfonds ein, Hamburger Blätter berichten auch von Beiträgen dortiger Geschäftsleute in Höhe von 25 000 und 40 000 Mark. — Laut Bekanntmachung der Eisenbahndirektion hat die Quaiverwaltung seit Mittwoch den Betrieb in vollem Umfange wieder aufgenommen und werden Güter für den Freihafen wieder angenommen. Nach Angabe des „Hamb. Korr.“ ist die Erklärung des Generalstreiks ein leeres Wort geblieben. Der Betrieb im Hafen werde täglich lebhafter und glatter. Die Zahl der Arbeiter im Hafen soll sich beständig mehren.

— Von der deutschen Kolonie in Lourenzo Marquez (Portugiesisch-Ostafrika) erhält die „Nordd. Allg. Ztg.“ ein Kabeltelegramm, nach welchem der holländische Konsul angegriffen wurde, ebenso zwei Holländer angegriffen und verwundet und ihnen die Kleider zersetzt wurden. Außerdem wurde eine englische Flagge zerrissen und fand ein Sturm auf das deutsche Konsulat statt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die „Interparlamentarische Friedenskonferenz“ hat einen bedeutenden Erfolg in Oesterreich zu verzeichnen. Im Zusammenhang mit der Berathung eines Gesetzentwurfs, wonach der langjährige Grenzstreit um das sog. „Meerauge“ in den Karpathen zwischen Galizien und Ungarn durch ein Schiedsgericht entschieden werden soll, brachte im österreichischen Abgeordnetenhause der Abg. Dr. Ruß im Auftrage der parlamentarischen Friedesgruppe zwei Resolutionen ein, welche die Regierung auffordern, erstens in künftig abzuschließende Handesverträge die sogenannte Schiedsgerichtsklausel einzufügen und zweitens „die Frage in ernste Erwägung zu ziehen, ob nicht mit den Staaten Europas Vereinbarungen zu treffen wären, um im Falle internationaler Streitigkeiten für bestimmte Fälle die Lösung des Streitfalles durch ein Schiedsgericht herbeizuführen.“ Nach kurzer Debatte, in welcher nur für den erwähnten Gesetzentwurf und die Resolutionen gesprochen wurde, gelangten dieselben zur Annahme. Die österreichische parlamentarische Friedensgruppe, deren Mitgliederzahl bereits auf 55 gestiegen ist, betrachtet die Annahme der beiden prinzipiellen Anträge durch das Abgeordnetenheus mit Recht als eine gewichtige Thatsache, als eine Grundlage für weitere Fortschritte zur Durchführung des internationalen Schiedsgerichts-Systems.

Rußland.

Es verlautet, Rußland habe vom Negus Menelik von Abessinien einen Hafen sowie einen Länderstrich erworben. Die „Köln. Ztg.“ schreibt dazu, hierdurch seien die fortschreitenden Bestrebungen der russischen Politik erwiesen, im Orient die Vorherrschaft in die Hand zu nehmen. Neben dem mit aller Kraft betriebenen Ausbau der transsibirischen Bahn bedeute dieser Schritt den Beginn zur Beherrschung des Suezkanals, die Sicherung des Seeweges nach Ostasien. Der Ländererwerb biete ein Gegenstück zu der englischen Herrschaft über Gibraltar. Das Bezeichendste sei, daß Rußland auf diesem Seewege gerade jenes Gebiet ausgewählt habe, das unmittelbar an die französische Kolonie Obok anstößt. Die russische und französische Kriegsflagge neben einander am Eingang des Rothen Meeres wehend, dürfte zur Genüge beweisen, daß beide Staaten in der Orientpolitik sich zu einem weitausholenden Vorgehen verständigt haben.

Italien.

Das Prisengericht erkannte die Wegnahme des „Doelwyk“, der Waffen für Menelik transportirt hatte, nebst Ladung als gesetzmäßig an, verfügte aber die Zurückgabe an die Besitzer, da infolge des Aufhörens des Kriegszustandes mit Abessinien keine Veranlassung vorliege, die Einbehaltung der Ladung und des Schiffes anzuordnen. Die Besitzer, der Rheder Ruys und das Haus Lacarrière, sollen jedoch keinen Anspruch auf Entschädigung für die ihnen durch die Wegnahme erwachsenen Verluste und Unkosten haben.

Frankreich.

In der Verhandlung der Deputirtenkammer über das Kolonialbudget theilte der Kolonialminister Lebon eine Depesche des Generals Gallieni mit, welche meldet, daß sich die Lage in Madagaskar stetig bessere. Die Pazifizirung werde in einigen Tagen eine vollendete Thatsache sein.

Spanien.

Nach einer amtlichen Depesche aus Manila gelang es einer größeren Anzahl in Cavite gefangen gehaltener Personen zu entweichen. Die Truppen, welche sich zur Verfolgnng derselben aufmachten, tödteten ihrer 60 in den Straßen der Stadt und brachten die übrigen ins Gefängniß zurück. Auf Seite der Spanier fielen 1 Mann und 6 wurden verwundet. — Auf der Insel Paragua ist eine Verschwörung entdeckt worden; fünf der daran Betheiligten wurden hingerichtet, die übrigen ins Gefängniß geworfen. — General Blanco hat seine Entlassung als Generalgouverneur der Philippinen erhalten. — Auf Kuba „siegen“ die Spanier lustig weiter. Sie wollen wieder zwei Gefechte gegen die Aufständischen mit erheblichen Verlusten der letzteren gewonnen haben. In einem derselben soll sogar der Führer Antonio Maceo und der Sohn des Führers Gomez gefallen sein. Dagegen wird das Gerücht von der Verwundung des Generals Weyler für unbegründet erklärt.

England.

Verschiedene Meetings wurden am Dienstag auf den Londoner Docks abgehalten, in denen für die Hamburger Streikenden kollektirt wurde. — Im Clyde-Gebiet ist wegen der Lohnfrage ein Streik von Schiffern und Feuerleuten ausgebrochen, der größere Dimensionen annimmt. Donnerstag sollte der Versuch gemacht werden, das Absegeln der Ozean-Dampfer unmöglich zu machen. Die Bewegung wird vom Parlamentsmitgliede Havelock Wilson geleitet. Die Rheder erklären, sie würden Mannschaften zu den alten Löhnen erhalten.

Türkei.

Der Kommandant von Konstantinopel, Marschall Kiassim-Pascha, wurde plötzlich seines Postens enthoben und zum Kommandanten des dritten Korps in Monastir (Macedonien) ernannt. Kiassim mußte sofort dorthin abreisen. Dies Ereigniß bringen hohe türkische Militärkreise in Verbindung mit der liberalen Gesinnung Kiassims. Obwohl selbst nicht Jungtürke, hat Kiassim diesen wiederholt Zeichen seiner Sympathie gegeben.

Provinzielles.

Schwetz, 9. Dezember. Die Ansiedelungskommission hat dem Kreise Schwetz ein im Gutspark von Bukowitz belegenes, für die Anlage eines Kreiskrankenhauses passendes Grundstück überwiesen, auch die Uebergabe des nahe gelegenen sogenannten „Doktorgrundstücks“ in Aussicht gestellt, ferner die zu dem Bau des Krankenhauses erforderlichen Baumaterialen an Feldsteinen und Sand zur Disposition gestellt und die Lieferung der erforderlichen Ziegeln zum Selbstkostenpreise zugesagt. Nach einem auf Veranlassung des Kreisausschusses aufgestellten Bauplan wird das Krankenhaus abzüglich der Lieferungen der Ansiedelnngskommission 44 000 Mk. kosten und soll 40 Betten enthalten. — Ertrunken im Schwarzwasser ist Montag Abend der Schiffer Dilga aus Fordon, der hier mit seinem Fahrzeug verwintert ist. Beim Nachhausegehen glitt der etwa 60jährige Mann von dem Brette, welches den Aufstieg zum Kahne bildet, und verschwand in den Fluthen. Die Leiche war bis ungefähr zur Weichselmündung getrieben, wo sie an der Ankerkette eines Kahnes hängen blieb. Hier wurde sie am andern Morgen gefunden.

Neustadt, 9. Dezember. Der hier am 17. Dezember anstehende Kram-, Vieh- und Pferdemarkt ist auf Dienstag, den 22. Dezember verlegt worden. — Die hiesige Polizei-Verwaltung hat angeordnet, daß die in den engen Gehöften befindlichen feuergefährlichen Bretterbauten, deren es hier eine große Anzahl giebt, zur Vermeidung der zwangsweisen Entfernung bis Ende Mai nächsten Jahres beseitigt werden müssen.

Saalfeld, 8. Dezember. Der Kellner S. aus Altfelde besuchte seineu Vater, den Fleischermeister S. in Altstadt, und wollte ihm dadurch eine Freude bereiten, daß er ihm einen neuen Revolver mitbrachte. Der Vater lehnte aber ab, indem er seinem Sohne versicherte, daß sein alter Revolver noch gut sei. Kaum hatte er die alte Waffe geholt, um sie dem Sohne zu zeigen, da krachte ein Schuß und traf den Sohn in die Herzgegend. Der schnell herbeigeholte Arzt fand die Wunde schon tüchtig angeschwollen. Einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß die Kugel nur eine Rippe getroffen und längs derselben ihren Weg genommen hat.

Bartenstein, 8. Dezember. In G.'s Hotel hierselbst hatte sich kürzlich ein Fremder einlogirt, der gut lebte und sich als Gutsbesitzer von Natzmer in das Fremdenbuch hatte eintragen lassen. Als eines Abends der Gast, nachdem er bei einem gerade anwesenden Versicherungs-Inspektor einen Unfallversicherungs-Antrag auf 10 000 Mk. unterzeichnet hatte, auf sein Zimmer gegangen war, wollte der Hotelwirth, der Argwohn geschöpft hatte, die über 30 Mk. betragende Rechnung einkassiren, fand aber das Zimmer verschlossen. Als die Thür von der mittlerweile herbeigeholten Polizei geöffnet werden sollte, drohte der Fremde, jeden Eindringling zu erschießen. Beim Betreten des Zimmers fand man den angeblichen Herrn von Natzmer — sein richtiger Name ist Falk — todt auf dem Bette liegen; durch einen Revolverschuß hatte er seinem Leben ein Ende gemacht. Ein vorgefundener Zettel trug die Worte: „Ich muß mir das Leben nehmen, weil mich meine E. nicht mehr haben will.“ Am Tage des Selbstmordes hatte der Fremde noch bei einem hiesigen Bureauvorsteher 30 Mk. leihen wollen, was ihm aber nicht gelungen war.

Johannisburg, 8. Dezember. Ein furchtbares Eisenbahnunglück fand kürzlich bei Gutten statt. Ein Pole fuhr mit einem mit Oelkuchen beladenen Wagen beim Passiren der Bahnstrecke versehentlich nicht auf die Chaussee, sondern auf den Bahnkörper, gerade einem von Lyck kommenden Zuge entgegen. Bald brauste der Zug heran. Die Pferde sprangen zur Seite, das Fuhrwerk wurde jedoch von der Lokomotive ergriffen und ganz zertrümmert. Der auf dem Wagen befindliche Pole gerieth unten die Räder des Zuges, wobei ihm der Kopf vom Rumpfe getrennt wurde. Die Pferde waren nicht beschädigt worden.

Königsberg, 8. Dezember. Analog dem Beispiele anderer Hochschulen wird auch in Königsberg am landwirthschaftlichen Institut der Universität ein Kursus eingerichtet, um praktischen Landwirthen und anderen landwirthschaftlichen Interessenten Gelegenheit zu geben, während einiger Tage der mußereichen Winterzeit sich über die Fortschritte der Landwirthschaftswissenschaft und nahe stehenden Wissenschaften eingehender zu orientieren und darüber für eventuelle Verbesserungen des Landwirthschaftsbetriebes sich ein Urtheil zu bilden. In der Zeit vom 1.—5. März soll unter Benutzung des vorhandenen Lehrmaterials und mit besonderer Berücksichtigung der eigenthümlichen Verhältnisse des Ostens in circa 30 Vorträgen eine Uebersicht über die wichtigsten neueren wissenschaftlichen Errungenschaften gegeben werden. Anmeldungen zu dem Kursus werden möglichst frühzeitig an Professor Dr. Backhaus in Königsberg erbeten, der jede gewünschte nähere Auskunft gern ertheilt. — Aus der Provinz wird der „K. Hart. Ztg.“ folgendes geschrieben: Ein seltsamer Empfang wurde kürzlich dem Lehrer J bei seinem Einzuge in L. bereitet. Die Schulkinder waren ihm bis vors Dorf entgegen gegangen. Ein Schulvorsteher hatte sie dazu veranlaßt, daß sie zum Empfang auch etwas singen sollten. Als der Wagen mit dem neuen Lehrer nun anlangte, stimmten sie das Lied an: „Heil Dir im Siegerkranz!“ Darauf geleiteten sie den Lehrer durchs Dorf mit „Morgenroth, Morgenroth, leuchtest

mir zum frühen Tod", und am Schulhause angelangt, sangen sie: „Ich hab' mich ergeben."

Filehne, 9. Dezember. Beim Holzfällen im Revier Käseburg fiel dem Eigenthümer August Dumke aus Kl. Drensen eine Kiefer derart auf den Leib, daß er bald darauf verstarb. — Auf hiesigem Nordbahnhof stürzte der Arbeiter Hagedorn beim Abladen von Stärkesäcken so unglücklich vom Wagen, daß er das Genick brach.

Memel, 8. Dezember. In Sachen der Erhaltung der Memeler Navigationsschule haben nunmehr die städtischen Körperschaften, der Kreisausschuß und das Vorsteheramt der Kaufmannschaft beschlossen, sich in einer gemeinsamen Immediat-Eingabe an den Kaiser zu wenden. Gleichzeitig werden dahingehende Petitionen der genannten Körperschaften auch an das Reichsmarineamt und den Handelsminister gerichtet werden.

Bromberg, 9. Dezember. In den Kanalhaltungen und an den Bauwerken des Bromberger Kanals, der unteren Brahe, der kanalisirten oberen und der unteren Netze sind Ausbesserungen nothwendig geworden, zu deren Ausführung die bezeichneten Wasserstraßen gesperrt werden mußten. Diese Sperrung währt bis Ende März 1897.

Nakel, 9. Dezember. Durch Beschluß sämmtlicher Fleischermeister sind hier die Fleischpreise erhöht worden.

Exin, 8. Dezember. Gestern hat in Iwno der Knecht Wojciech Malkowski den Knecht Bak, mit dem er in Streit gerathen war, mit einem Messer erstochen und den Vater des B., der seinem Sohne zu Hülfe eilte, erheblich verletzt. Malkowski ist verhaftet und in das hiesige Gerichtsgefängniß eingeliefert. — Von seinem mit Zuckerrüben beladenen Wagen wurde der Pferdeknecht Johann Maslowski aus Grocholin überfahren. Die Räder haben ihm den Kopf zerquetscht.

Lokales.

Thorn, 10. Dezember.

— [Personalien.] Dem Dozenten an der technischen Hochschule in Charlottenburg Herrn S. Kalischer, Sohn des hiesigen Kaufmanns Louis Kalischer, ist der Charakter als Professor verliehen worden.

— [Der Minister für Handel und Gewerbe] hat angeordnet, daß auf den Legitimationskarten für inländische Kaufleute und Handlungsreisende diejenigen Handelsartikel angegeben werden, die den Gegenstand des geschäftlichen Unternehmens der vertretenen Firmen bilden, damit ersehen werden kann, ob der Inhaber der Karte die Grenzen des § 44 der Gewerbeordnung einhält.

— [Die Einkommensteuer Erklärungen] über Einkommen von mehr als 3000 Mk. für das Steuerjahr 1897 hat in der Zeit vom 4. bis 20. Januar 1897 entweder schriftlich auf den vorgeschriebenen Formularen oder mündlich zu erfolgen. Mündliche Erklärungen können täglich zwischen 11 bis 12 Uhr Vormittags abgegeben werden. (Vergl. Inserat in heutiger Nummer.)

— [Westpreußische Stutbuch-Gesellschaft.] Unter dem Vorsitze des Herrn Oberamtmann Krech-Althausen hatten sich Dienstag Nachmittag in Marienburg ca. 50 Herren versammelt, um über die definitive Gründung der westpreußischen Stutbuch-Gesellschaft Beschluß zu fassen. Herr Dorguth-Raudnitz berichtete über die Stutbuchverhältnisse in unserer Provinz. Als im Jahre 1891 der Beschluß gefaßt worden war, eine Stutbuch-Gesellschaft zu gründen, war bestimmt worden, daß die Gründung als vollzogen angesehen werden sollte, sobald 400 Mitglieder sich gemeldet hätten. Später wurde diese Bestimmung dahin geändert, daß die Annahme von 500 Stuten zur Gründung genügen solle. Das Stutbuch ist nunmehr fertig, denn es sind von 207 Besitzern 550 Stuten angenommen worden, zu welchen noch 30 Stuten nachträglich hinzugekommen sind, so daß der erste Band des Stutbuches 580 Stuten enthalten wird. Es wurde nunmehr ein Entwurf der Statuten zur Berathung gestellt, welcher nach längerer Debatte mit einigen redaktionellen Änderungen angenommen wurde. Nach dem § 6 der Statuten gehören dem Vorstand an: der Vorsitzende der Landwirthschaftskammer Herr v. Puttkamer-Gr. Plauth, sein Stellvertreter Herr Oberamtmann Krech-Althausen, Herr Generalsekretär Steinmeyer-Danzig, Herr Geschäftsführer Dorguth-Raudnitz und Herr Gestütsdirektor v. Schorlemer-Marienwerder. Außerdem wurden von der Versammlung noch die Herren Rittelen-Altmark, v. d. Gröben-Ludwigsdorf, v. Rümker-Kokoschken, Grunau-Tralau und Roggenbau-Augustowo gewählt. Die Besitzer von Stutbuchstuten haben das Recht, ihre eingetragenen Stuten mit dem westpreußischen Stutbuchbrande auf der linken Lende versehen zu lassen. Als Brandzeichen ist ein Motiv aus dem Provinzialwappen, der gepanzerte Arm mit dem Schwerte, gewählt worden, und es lagen der Versammlung verschiedene Zeichnungen vor. Die Entscheidung darüber, welche Zeichnung gewählt werden solle, wurde einer Kommission überlassen. Das Vermögen der Gesellschaft beziffert sich gegenwärtig auf 6577 Mark. Herr Gestütsdirektor v. Schorlemer regte an, Stutenschaudistrikte zu bilden. Als günstigste Zeit, um derartige Schauen abzuhalten, wurden die Monate Mai und Juni angesehen. Ueber die Abgrenzung der Distrikte soll später verhandelt werden.

— [Bei der Wahl zur Handelskammer,] die gestern stattfand, wurden 106 Stimmzettel abgegeben und sämmtliche 4 ausscheidende Mitglieder wiedergewählt. Herr H. Schwartz jun. erhielt 106, Herr H. Schwartz sen. 105, Herr Julius Lissak 100, Herr Nathan Leiser 55 Stimmen. Die Gewählten erklärten, die Wahl annehmen zu wollen.

— [Der Lehrerverein] hält Sonnabend, den 12. Dezember, Abends 6 Uhr im kleinen Saale des Schützenhauses eine Sitzung ab, in der Herr Paul einen Vortrag über „Schreiben u. Lesen — eine kulturgeschichtliche Untersuchung" halten wird. Nach dem Vortrag folgt Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten.

— [Gewerkverein.] Der neugegründete Gewerkverein der deutschen Schneider und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Duncker), verbunden mit einer Kranken- und Sterbekasse zu Thorn hielt am Montag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr bei Nicolai seine letzte diesjährige Versammlung ab. Tagesordnung: Vorstandswahl. Der neue Vorstand besteht aus den Herren A. Bartikowski, W. Kowalkowski, C. Manthej, M. Ebert, J. Osmanski. Neu aufgenommen wurden 3 Herren. Nach der Wahl blieben die Mitglieder noch einige Zeit fröhlich beisammen.

— [Zur Schlachtversicherung.] Sechsundzwanzig der Thorner Fleischerinnung angehörende Meister aus Thorn und Mocker haben gestern beschlossen, eine allgemeine Versicherung für ihr im Schlachthause zu schlachtendes Vieh zu gründen. Die Versicherung soll mit 1. Januar 1897 in Kraft treten und zwar zunächst als Privatvereinigung, falls bis dahin das Statut noch nicht die Genehmigung gefunden haben sollte. Das vom Herrn Schlachthausinspektor Kolbe entworfene Statut wurde gestern im Großen und Ganzen genehmigt, doch soll es am Freitag von einer Kommission von 6 Mitgliedern nochmals berathen und dann in einer allgemeinen Versammlung nächsten Freitag endgiltig angenommen werden. In dieser Sitzung wird auch über die Höhe der Versicherungsgebühr beschlossen werden. Die Kasse für Trichinenversicherung geht auf die neue Kasse über; die Meister, welche der Trichinenkasse angehört haben, zahlen ein Eintrittsgeld von 20 Mk., die anderen Meister ein solches von 30 Mk.

— [Schwurgericht.] Auf der Anklagebank nahm heute der Arbeiter Wilhelm Marold aus Mühle Lissewo Platz. Er war beschuldigt, sich des Meineides schuldig gemacht zu haben. Im Dezember 1895 hatte der Angeklagte von dem Besitzer Paul Klebs zu Mühle Lissewo eine Wohnung gemiethet, welche ihm seitens des Klebs im Januar d. J. gekündigt wurde, so daß Angeklagter die Wohnung zum 1. April d. J. räumen sollte. Angeklagter ignorirte die Kündigung und ließ den 1. April herankommen, ohne Anstalten zum Räumen der Wohnung zu treffen. Klebs setzte daraufhin den Angeklagten gewaltsam aus der Wohnung, indem er einen eisernen Ofen aus derselben herausnahm, den Ziegelofen abbrach und schließlich auch die Möbel unter Hilfeleistung seines Schwiegersohnes, des Arbeiters Paul Müller, aus der Wohnung herausschaffte. Angeklagter, dem die Benutzung der Wohnung auf diese Weise unmöglich gemacht war, klagte gegen Klebs auf Uebergabe derselben, indem er behauptete, daß er dieselbe bis zum 11. November d. J. gemiethet habe. Klebs hingegen wendete ein, daß der Miethsvertrag sich nur auf die Zeit bis 1. April d. J. bezogen habe. Den über die Behauptung des Angeklagten ihm angetragenen Eid nahm Klebs aber nicht an, was zur Folge hatte, daß er zur Freigabe der Wohnung verurtheilt wurde. Darauf denunzirte Angeklagter den Klebs und dessen Schwiegersohn Müller bei der Staatsanwaltschaft der Nöthigung, welcher Strafthat diese sich durch das Herausschaffen der Möbel schuldig gemacht haben sollten. In dem eingeleiteten Strafverfahren wurde Angeklagter als Zeuge vernommen. Er bekundete eidlich, daß er die Wohnung nicht nur bis 1. April d. Js., sondern bis 11. November cr. von Klebs gemiethet habe. Diese Behauptung soll, obglich Klebs das Gegentheil im Zivilprozeß zu beschwören sich geweigert, unwahr sein. Angeklagter bestritt dies. Die Geschworenen vermochten sich von der Schuld des Angeklagten nicht zu überzeugen. Sie verneinten die Schuldfrage, worauf Freisprechung des Angeklagten erfolgte.

— [Strafkammer.] Sitzung vom 9. Dezember. Am 4. November d. J. stahlen der Schneidergeselle Benno Kaczor aus Dobrzyn in Russisch Polen und ein Begleiter von ihm auf dem Wochenmarkte in Schönsee einer Frau, deren Name nicht festgestellt ist, ein Portemonnaie mit 40 Mark Inhalt aus der Tasche und wollten sich damit entfernen. Sie wurden bei dem Diebstahl abgefaßt und zur Haft gebracht. Der Gerichtshof verurtheilte einen Jeden von ihnen zu 4 Monaten Gefängniß. — Wegen eines auf der Gutsherrschaft Eichenau verübten Getreidediebstahls erhielt der Nachtwächter Franz Dronczkowski aus Birglau eine neunmonatliche Gefängnißstrafe auferlegt. Von dieser Strafe wurde 1 Monat durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet. — Zwischen den Arbeitern Theodor Dondalski aus Antoniewo, Franz Kuszinski aus Gr. Mocker, Leonhard Wisniewski aus Antoniewo und dem Ziegeleiarbeiter Emil Schachtschneider aus Thorn fand am 6. September d. J. in der Kantine zu Antoniewo eine Schlägerei statt, bei welcher wieder einmal das Messer eine bedeutende Rolle spielte. Die genannten 4 Personen hatten sich deshalb wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Während Dondalski, Kuszinski und Wisniewski dieser Strafthat auch für schuldig befunden wurden, erging gegen Schachtschneider ein freisprechendes Urtheil. Dondalski und Kuszinski wurden mit je 9 Monaten, Wisniewski mit 6 Monaten Gefängniß bestraft. Auf die Strafe des Letzteren wurden 3 Monate als durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt angerechnet. — Die Strafsache gegen den Schuhwaarenhändler Carl Komm von hier wegen Sittlichkeitsverbrechens mußte auch gestern wieder vertagt werden, weil eine Zeugin nicht erschienen war.

— [Temperatur] heute Morgen 8 Uhr 1 Grad C. Wärme; Barometerstand 27 Zoll 10 Strich.

— [Von der Weichsel.] Der Wasserstand betrug heute Morgen 0,12 Meter über Null.

Kleine Chronik.

* Selbstmord verübt hat der Bankier Sigismund Sternberg in Berlin. Er durchschnitt sich in seinem Geschäftslokal mit einem Rasirmesser den Hals. Der Grund soll darin liegen, daß Sternberg ein gekündigtes Kommanditkapital von 100 000 Mark nicht aufbringen konnte. Eine Insolvenz der Firma Sternberg u. Co. ist nicht eingetreten. Die Gläubiger können vielmehr voll befriedigt werden.

* Eisenbahnunfälle. Bei Station Gräfenroda in Thür. (Linie Neudietendorf-Ritschenhausen) fuhr Dienstag Mittag eine Lokomotive mit Tender, die nach Plaue gehen sollte, infolge unterlassener Weichenstellung auf ein stumpfes Nebengleis und stürzte nach Durchbrechung des Prellblocks eine 5 bis 6 Meter hohe Böschung hinunter, wobei Führer und Heizer schwer verletzt wurden. — Auf der Köln-Frechener Lokalbahn stieß am Mittwoch früh eine Lokomotive auf einen mit Personen besetzten Wagen so heftig auf, daß die Bänke des Wagens zertrümmert wurden. Dem Vernehmen nach wurden ein Mann getödtet und 7 oder 8 Personen verletzt, darunter einige schwer.

* Für Venezuela gelangen jetzt in der Berliner königlichen Münze für Rechnung der Berndorfer Metallwaaren-Fabrik Arthur Krupp 10 Millionen Nickelmünzen in $12^1/_2$ und 5 Centimosstücken zur Ausprägung. Ein Transport, etwa die Hälfte der Ausprägung sollte bereits am Sonnabend nach Hamburg abgesandt werden. Des Streiks halber mußte jedoch dieser Transport in Berlin zurückgehalten werden, weil eine Verschiffung z. Zt. nicht bewirkt werden kann.

Telegraphische Börsen-Depesche.

Berlin, 10. Dezember

Fonds: fest.			9. Dez.
Russische Banknoten		216,80	216,75
Warschau 8 Tage		216,15	216,05
Preuß. 3% Consols		98,25	98,40
Preuß. $3^1/_2$% Consols		103,40	103,50
Preuß. 4% Consols		103,60	103,75
Deutsche Reichsanl. 3%		98,00	98,10
Deutsche Reichsanl. $3^1/_2$%		103,30	103,40
Polnische Pfandbriefe $4^1/_2$%		66,90	66,70
do. Liquid. Pfandbriefe		fehlt	66,90
Westpr. Pfandbr. 3% neul. II.		93,40	93,50
Diskonto-Comm.-Antheile		206,10	206,20
Oesterr. Banknoten		169,80	169,95
Weizen:	Dez.	176,00	176,00
	Loco in New-York	97 c	$98^3/_8$
Roggen:	loco	128,00	129,00
	Dez.	127,25	128,25
Hafer:	Dez.	129,75	130,00
Rüböl:	Dez.	56,70	57,00
Spiritus:	loco mit 50 M. Steuer	fehlt	57,00
	do. mit 70 M. do.	37,60	37,50
	Dez. 70er	42,20	42,10
	Mai 70er	43,10	43,10
Thorner Stadtanleihe $3^1/_2$ pCt.		—,—	100,50

Wechsel-Diskont 5%, Lombard-Zinsfuß für deutsche Staats-Anl. $5^1/_2$%, für andere Effekten 6%.

Petroleum am 9. Dezember, pro 100 Pfund.

Stettin loco Mark 10,65
Berlin „ „ 10,60

Spiritus-Depesche.

Königsberg, 10. Dezember.
v. Portatius u. Grothe.

Unverändert.

Loco cont. 50er	—,— Bf.,	—,— Gd.	—,— bez.
nicht conting. 70er	36,80 „	36,30 „	—,— „
Dez.	—,— „	—,— „	—,— „
„	36,80 „	35,80 „	—,— „
Frühjahr	—,— „	—,— „	—,— „
	40,00 „	—,— „	—,— „

Getreidebericht der Handelskammer für Kreis Thorn.

Thorn, den 10. Dezember

Wetter: trübe.
Weizen: trotz kleinen Angebots in Folge auswärtiger flauer Berichte niedriger, 128 Pfd. bunt 150 Mk., 130 Pfd. hell 156 Mk., 132 Pfd. hell 160 Mk., 134 Pfd. hell 162 Mk.
Roggen: niedriger, 126 Pfd. 115 Mk.
Gerste: gut verkäuflich, helle milde Qualität 135 bis 140 M., feinste über Notiz, gute Brauwaare 125—132 M., Futterwaare 104 bis 107 Mk.
Hafer fest, helle Qualität 125—131 Mk.
Alles pro 1000 Kilo ab Bahn

Städtischer Viehmarkt.

Thorn, 10. Dezember.

Aufgetrieben waren 299 Schweine, nur magere. Bezahlt wurden für dieselben 32—35 M., für 50 Kilo Lebendgewicht.

Telegraphische Depeschen.

Bremen, 10 Dezember. Die Agentur des Norddeutschen Loyd in Corunna theilt letzterem mit, es herrsche Befürchtung, daß der nach La Plata bestimmte, am 7/12 von Corunna nach Villagaracia abgegangene Dampfer „Salier" im schweren Orkan an der Küste verunglückt ist. Näheres fehlt. Ein Hilfsdampfer von Garcia zur Absuchung der Küste ist abgegangen.

Verantwortl. Redakteur: G. Gothe in Thorn.

Seglerstr. 27. M. BERLOWITZ, Thorn, Seglerstr. 27.

Weihnachts-Ausverkauf

zu sehr billigen, streng festen Preisen.

Philipp Elkan Nachfolger

Inhaber **B. Cohn**

empfiehlt in besten Fabrikaten und billigsten Preisen:

Glas u. Porzellan.	Spielwaaren.	Handschuhe.	Parfümerien.	Gummischuhe.
Caffee- u. Tafelservices. **Alle** Sorten Gläser. Porzellan-Service, 80teilig, Mark 54.—	Reichste Auswahl. Reizende Neuheiten für Kinder jeden Alters.	**Nur** vorzüglichste Marken. Eleganter Sitz. Waschanstalt im Hause.	**Billigste Bezugsquelle. Odol** 1.25. **Eulen-Seife** 2 St. 0.55. **Lohse**'sche Fabrikate billiger als überall. Crême Iris 1.20.	Haupt-Depot von Russischen Fabrikaten. **Alle Sorten für Herren, Damen u. Kinder. Damen-Boots p. Paar 6.30.**

Grösste Neuheit: Zinn-Becher mit Ansichten von „Thorn". Allein bei mir zu hahen.

Die Beerdigung der Frau Honorata Siudowska geb. Reszkowska, findet Freitag Nachmittag $2^1/_2$ Uhr von der St. Johanniskirche aus statt.

Nachstehende

Oeffentl. Bekanntmachung.

Steuerveranlagung für das Steuerjahr 1897/98.

Auf Grund des § 24 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (Gesetz-Samml. S. 175) wird hiermit jeder bereits mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark veranlagte Steuerpflichtige im Kreise Thorn aufgefordert, die Steuerklärung über sein Jahreseinkommen nach dem vorgeschriebenen Formular in der Zeit vom 4. Januar 1897 bis 20. Januar 1897 dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die oben bezeichneten Steuerpflichtigen sind zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein Formular nicht zugegangen ist.

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes. Mündliche Erklärungen werden von dem Unterzeichneten täglich zwischen 11 bis 12 Uhr zu Protokoll entgegen genommen.

Die Versäumniß der obigen Frist hat gemäß § 30 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes den Verlust der gesetzlichen Rechtsmittel gegen die Einschätzung zur Einkommensteuer für das Steuerjahr zur Folge.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben oder wissentliche Verschweigung von Einkommen in der Steuererklärung sind in § 66 des Einkommensteuergesetzes mit Strafe bedroht.

Steuerpflichtige, welche gemäß § 26 des Ergänzungssteuergesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetz-Samml S. 134) von dem Rechte der Vermögensanzeige Gebrauch machen wollen, haben dieselbe ebenfalls innerhalb der oben angegebenen Frist nach dem vorgeschriebenen Formular bei dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll abzugeben.

Auf die Berücksichtigung später eingehender Vermögenanzeigen bei der Veranlagung der Ergänzungssteuer kann nicht gerechnet werden.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige thatsächliche Angaben über das Vermögen in der Vermögensanzeige sind im § 43 des Ergänzungssteuergesetzes mit Strafe bedroht.

Die vorgeschriebenen Formulare zu Steuererklärungen und zu Vermögensanzeigen werden für die Steuerpflichtigen der Städte Thorn und Culmsee in der Kämmereinebenkasse bezw. dem Magistratsbüreau, für die Steuerpflichtigen des platten Landes in meinem Steuerbüreau auf Verlangen kostenlos verabfolgt.

Thorn, den 8. Dezember 1896.

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission. Schwerin.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Thorn, den 10. Dezember 1896.

Der Magistrat.

Die unter Nr. 589 des Firmen-Registers eingetragene hiesige Zweigniederlassung der Firma „**G. Neidlinger**", deren Hauptniederlassung in Hamburg ist, ist aufgehoben, weil das Geschäft von der Firma: „**The Singer Manufacturing Company, Hamburg, A. G.**" übernommen worden ist.

Thorn, den 8. Dezember 1896.

Königliches Amtsgericht.

Das Grundstück Bankstr. Nr. 4 ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Julius Hell, Bilderrahmenfabrik,

Brückenstraße Nr. 34.

Große Auswahl in eingerahmten Bildern, gestickte Haussegen, schon eingerahmt, von 3,00 an.

Bilder werden geschmackvoll und sauber zu den billigsten Preisen eingerahmt.

Photographieständer.

Cabinetbilder, die bis dahin 1,00 gekostet haben, werden jetzt mit 0,60 verkauft, so lange der Vorrath reicht.

10% Rabatt 10%

Weihnachts-Preisermässigung!

Zu den bevorstehenden **Weihnachtseinkäufen** empfehle eigener Fabrikation **Schirme** eigener Fabrikation

Fächer — Spazierstöcke

grösstes Lager am Platze

von den einfachsten bis hocheleganteseten Genres.

Thorner Schirmfabrik

Rudolf Weissig,

Brückenstrasse und Breitestrasse, Ecke.

Bekanntmachung.

Die **Hauseigenthümer** werden mit Rücksicht auf den Eintritt kälterer Witterung darauf hingewiesen, die Fenster solcher Kellerräume, in welchen **Wasserleitungsrohre** bezw **Wassermesser** gelegen sind, gut zu verschließen und freiliegende Rohre mit Wärmeschutzmaterial dicht zu umwickeln. Wo ein Einfrieren von Leitungsröhren zu befürchten steht, empfiehlt sich die Anlage eines Entleerungshahnes.

Bezüglich der **Regenrohre** sei bemerkt, daß einem Einfrieren derselben durch richtige Behandlung und Reinhaltung der Regenrohrkästen vorgebeugt werden kann. Letztere wird von Seiten des Stadtbauamts II gegen eine jährliche Entschädigung von 1 Mk. 50 Pf. pro Kasten ausgeführt. Es wird daher allen denjenigen Hausbesitzern, welche die **Reinigung der Regenrohrkästen** bei der Stadt noch nicht beantragt haben, empfohlen, sich in die auf dem Stadtbauamt II ausliegende Liste einzutragen.

Thorn, den 7. Dezember 1896.

Der Magistrat. Stadtbauamt II.

Bekanntmachung.

Bei der heutigen Wahl von Mitgliedern zur Handelskammer für Kreis Thorn wurden gewählt für die Wahlperiode vom 1. Januar 1897 bis Ende 1899 die Herren

Herm. Schwartz jun.
Herm. Schwartz sen.
J. Lissack
N. Leiser.

Etwaige Einwendungen gegen diese Wahl sind binnen zehntägiger Frist bei der Handelskammer für Kreis Thorn anzubringen.

Thorn, den 9. Dezember 1896.

Der Wahlkommissar. Herm. F. Schwartz.

Malton-Sherry Malton-Tokayer

aus concentrirter Malzwürze hochvergohrene Weine. Vielfach empfohlen von ärztlichen Autoritäten.

$^3/_4$ Liter-Flasche **2 Mark.**

Kawczynski, Apotheke, Thorn.

Anerkannt grösstes

Uhrenlager

und billigste Preise bei

C. PREISS

Breitestrasse 32.

Silberne Herren-Uhren	von	11,50 Mk. an
„ **Damen-Uhren**	„	12,— „ „
Goldene Damen-Uhren	„	18,— „ „
Nickel-Remontoir	„	5,50 „ „

Reichaltigstes Lager in Regulatoren, **Wand-, Wecker- und Salon-Uhren.** Grossartige Auswahl von **Gold- und Silber-Sachen. Uhrketten** in allen Metallarten. **Brillen, Pince-nez, Optische Waaren. Musikwerke** 10% billiger wie jedes Versandt-Geschäft. **Reparaturen billig und solide.**

Chinesische Thee's in hochfeiner Waare und reicher Auswahl empfiehlt **A. Mazurkiewicz**

Wallnüsse für Händler

offerirt billigst **JULIUS MENDEL.**

3-4000 Mark

sind zum 1. Januar 1897 auf sichere Hypothek zu vergeben **Mocker,** Thornerstr. 11.

Kalender 1897

in allen gangbaren Ausgaben empfiehlt

E. F. Schwartz.

---

2 in der feinen Damen-Schneiderei geübte **junge Mädchen** suchen Beschäft in u. außer d Hause. Breitestr. 8 im Hause d. Fr. **v. Kobielska**

Schützenhaus-Theater.

Freitag, den 11. Dezember: Letztes Gastspiel des Frl. Meta Illing: „Heimat".



Krieger-Verein

Am Sonnabend, d. 12. d. M. Abends 8 Uhr:

Generalversammlung

bei **Nicolai.**

Tagesordnung:

Vorstandswahl.

Vorstandssitzung 7 Uhr.

Der Vorstand.

M.-G.-V. Liederkranz.

Sonnabend, den 12. cr.:

XVII. Stiftungsfest

in den Sälen des Schützenhauses.

Zur Aufführung gelangt u. A.

R. Genée „Die Zopfabschneider".

Operette in 1 Akt.

Eintritt nur für Passive nebst Angehörigen.

Anfang $8^1/_2$ Uhr.

Der Vorstand.

Central-Hôtel.

Heute Donnerstag, 11. Dezember

Großes Künstler-Concert.

Um 12 Uhr Nachts:

Illumination

der gesammten Lokalitäten.

Für **vorzügliche Speisen u. Getränke** ist bestens gesorgt.

J. Przybylski.

Eisbahn Grützmühlenteich. Glatte u. sichere Bahn.

Die als Frühstücks- und Tischweine und als Stärkungsmittel beliebten **deutschen Weine aus deutschem Malz** benannt:

Malton-Weine

$^3/_4$ Liter-Flasche **2 Mark** sind zu beziehen durch:

Mentz, Apotheke, THORN.

Diejenigen, die im Januar d. Js. im **Gorski**'schen Lokale auf der Jacobs-Vorstadt zugegen waren, als ich von **Ehlert** aus Rubinkowo geschlagen wurde, werden hiermit aufgefordert, mir ihre Namen mitzutheilen.

Kramkowski, Thorn, Waldstraße 41.

Ich warne hiermit meinem Manne **Wilhelm Hancke** etwas zu borgen

Karoline Hancke, Mocker.

Kirchliche Nachricht

für Freitag, den 11. Dezember. Evangel.-luth. Kirche

Die Abendstunde fällt aus.

Herr Superintendent Rehm.

Synagogale Nachrichten.

Freitag: Abendandacht $3^3/_4$ Uhr.

Hierzu eine Beilage.

Druck der Buchdruckerei „Thorner Ostdeutsche Zeitung", Verleger: M. Schirmer in Thorn.